

Was die Oper vermag

Zum Artikel „Herr Müller trifft Herrn Beckett“ von Julia Spinola (F.A.Z.-Feuilleton vom 10. Juni): Im Bericht über die Essener Tagung zur „Zukunft der Oper“ wird eine meiner Überlegungen, wonach die Oper als Ort der großen kollektiven Emotionen auch eine Institution ist, „die einen Beitrag zur Integration einer von Desintegration bedrohten Gesellschaft zu leisten vermag“, mit dem Satz kommentiert: „Das allerdings hatten wir in Deutschland schon. Es war weder dem Leben noch dem Überleben förderlich, weder jenem der Kunst noch dem der Menschen.“ Dieser Kommentar ist eine Ungeheuerlichkeit, weil er nüchterne sozialwissenschaftliche Beobachtung für den Leser assoziativ in die Nachbarschaft nationalsozialistischer Massenmobilisierung rückt, um nicht zu sagen: sie damit gleichsetzt.

Dabei ging es in meinem Vortrag unter anderem darum zu fragen, wie in demokratisch-pluralistischen Gesellschaften die Oper als lediglich eine von vielen kulturellen Institutionen ihre notwendige finanzielle Basis erhalten kann. Das ist unter heutigen politischen Bedingungen nicht leicht, weil Politiker dazu neigen, organisierten Interessen den Vorzug vor nichtorganisierten zu geben, und Kultur aus vielen Gründen nicht an der Spitze der politischen Agenda steht. Eine in diesem Zusammenhang wichtige Frage ist also, ob die Oper ihre Klientel „organisieren“ kann und was sie gegenüber Politikern vorzubringen hat, um sich als kulturelle Institution zu behaupten. In diesem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, dass Oper als „Kraftwerk der Gefühle“ (Alexander Kluge) auch einen sozialen Integrationseffekt hat, weil sich ihr Publikum aus allen sozialen Schichten der Bevölkerung zusammensetzt. Es ist eine Trivialität, dass jede Gesellschaft ein Mindestmaß an Integration sehr unterschiedlicher Provenienz braucht, um funktionieren zu können. Ich habe mir allerdings nicht vorstellen können, dass eine solche Trivialität unter Faschismusverdacht gestellt wird.

Professor Dr. Udo Bernbach, Berlin

Von den vielen Zuschriften, die uns täglich erreichen und die uns wertvolle Anregungen für unsere Arbeit geben, können wir nur einen kleinen Teil veröffentlichen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Oft müssen wir kürzen, denn möglichst viele Leser sollen zu Wort kommen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.

Kirchenspaltung, nicht Glaubensspaltung

Zum Beitrag von Joseph Kardinal Ratzinger „Ein Spiegel der europäischen Geistesgeschichte“ (F.A.Z. vom 22. Mai): Seit Leopold von Ranke's Buch gibt es den Begriff des „Zeitalters der Reformation“. In Kardinal Ratzingers Artikel wird diese Zeit zum „Zeitalter der Glaubensspaltung“. Den Begriff der Glaubensspaltung hört man seit geraumer Zeit allenthalben aus katholischem Munde. Offenbar soll das Ereignis, das diesem Zeitalter den Namen gibt, mit einem negativen Begriff besetzt werden. Das verwundert, wenn man an die Wirkungen der Reformation denkt, die vor den katholischen Kirchentüren nicht Halt gemacht haben. Doppelt verwunderlich aus dem Munde Ratzingers, denkt man an seinen Beitrag zur Gemeinsamen Erklärung der evangelischen und katholischen Kirche zur Rechtfertigungslehre. Aber der Begriff

ist auch unzutreffend. Die Reformation führte zur Spaltung der Kirche, aber nicht des Glaubens. Wie kämen sonst die evangelische und die katholische Kirche dazu, gegenseitig die Taufe anzuerkennen? Wer als Präfekt der Glaubenskongregation in Rom von „Glaubensspaltung“ spricht, dem müssen doch längst Bedenken gegen diese Anerkennungspraxis gekommen sein.

Die Reformatoren haben jedenfalls an den Bekenntnissen des christlichen Glaubens kein Jota geändert. Luther hat das Apostolicum sogar in Versform gebracht, damit es nicht nur vom Liturgen vorgebetet, sondern von der Gemeinde gesungen und damit selbst bekannt werden kann. Ist der Unterschied von „fides“ und „doctrina“ mancherorts in Vergessenheit geraten?

Ernst Gottfried Mahrenholz, Karlsruhe

Die Zeugen Jehovas gehörten zu den Opfern

Zum Artikel von Gina Thomas „Was von der Vernichtung übrig blieb“ (F.A.Z.-Feuilleton vom 7. Juni): Als Gast bei der Eröffnung der Londoner „Holocaust Exhibition“ erlebte ich, dass die Kuratoren eine wichtige Opfergruppe, im Gegensatz zur Autorin, nicht übersehen haben: die Zeugen Jehovas, damals auch „Bibelforscher“ genannt. Neben den jüdischen Opfern, Polen, Sinti und Roma, Behinderten, sowjetischen Kriegsgefangenen und Homosexuellen nennen die Briten die „Zeugen“ als religiös Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes ohne Vorbehalte beim Namen. Robert O'Neill, der Direktor des Imperial War Museums, erwähnte sie im Beisein der Königin und Prinz Philips in der Eröffnungsrede. Auch im Ausstellungskatalog sind sie als Verfolgte genannt.

Eine der Überlebenden, die in Interviews vor der Kamera in London Zeugnis abgelegt haben, war Magdalena Reuter, die die Nationalsozialisten als junge Zeugin Jehovas in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück verschleppten. Ihre Eltern mussten jahrelange Haft erdulden, drei Geschwister Erziehungsheime, zwei Brüder wurden als Wehrdienstverweigerer hingerichtet. Unter den Exponaten der Londoner Ausstellung ist der Brief der Zeugin Jehovas Elise Alber aus Gemmingheim, Konzentrationslagerhäftlings-Nummer 16744. Die Mutter schrieb liebevoll: „Seid innig begrüßt und geküßt, meine lieben Kinder... Macht Euch keine Sorgen um mich. Ich bin gesund und munter...“ Auf der Rückseite der obligatorische Aufdruck der SS: „Der Schutzhäftling ist nach wie vor hartnäckiger Bibelforscher und weigert sich, von der Irrlehre der Bibelforscher abzulassen. Aus diesem Grunde ist ihm lediglich die Erleichterung, den sonst zuverlässigen Briefwech-

sel zu pflegen, genommen worden.“ Die Mutter überlebte.

Die SS stigmatisierte diese Gruppe, die sich als besonders widerständig erwies, mit dem „lila Winkel“. Das Zeichen erregte die Aufmerksamkeit Prinz Philips, als ich ihm die Broschüre „Lila Winkel – die ‚vergessenen Opfer‘ des NS-Regimes“ überreichte. Er fragte nach den Gründen der Verfolgung, worauf mein Fachkollege und ich darauf hinwies, dass die Zeugen Jehovas nicht bereit waren, sich Hitler zu unterwerfen. Die Folge: Mehr als 10 000 deutsche „Zeugen“ erlitten Verluste – verloren Arbeitsstelle, Wohnung, Renten, Kinder – oder kamen in Haft. Fast 2000 Angehörige der Glaubensgemeinschaft verloren das Leben. Etwa 300 wurden hingerichtet.

Im April 1993 öffnete das amerikanische Holocaust Memorial Museum in Washington, D. C. seine Tore für Besucher, die erstmals die Geschichte der „anderen Opfer“ („the other victims“) einschließlich der Zeugen Jehovas nicht mehr ausgespart erlebten. Das Signal aus Amerika hat seine Wirkung auf die Holocaust-Forschung nicht verfehlt. Auf Holocaust-Konferenzen in Lübeck, Moskau, Jerusalem oder Stockholm gehörten auch die Zeugen Jehovas zu den Anwesenden oder gar Referenten. Selbst die konservative jüdische Gedenkstätte Yad Vashem hat bekannt gegeben, in ihrem neuen Museum religiöse Minderheiten wie die Zeuge Jehovas während der nationalsozialistischen Herrschaft ebenfalls zu thematisieren. In Deutschland besteht diesbezüglich mancherorts noch Lernbedarf. In Niedersachsen und Brandenburg finden dagegen die Zeugen Jehovas bei Gedenktagen und auf Erinnerungstafeln, so in Bergen-Belsen und Sachsenhausen, als gleichwertige Opfer Berücksichtigung.

Johannes Wrobel, Selters/Taunus